

# Geld stinkt nicht ... nach Nikotin

Strafverfolgung muss nicht sein

Ich kann OLAF von meinem Studierstübchen aus sehen. Das heißt nicht, dass ich OLAF beobachte. Ich habe eher den Eindruck, dass ich von OLAF beobachtet werde. Soll OLAF doch mit dem, was er dabei erfährt, machen, was er für richtig hält. Ich spähe OLAF jedenfalls anders aus. Ich benutze das Internet. Das ist sehr leicht und ich gebe hier auch gleich die entsprechenden Adressen bekannt. Was ich von außen von OLAF sehe, reicht mir nämlich nicht. Es ist einfach ein seltsames Turmhaus mit einem affigen, kronenartigen Dach, in dem die Mitarbeiter von OLAF, dem »Office Européen de Lutte Anti-Fraude« arbeiten. Zu deutsch heißt das etwa »Büro zur Betrugsbekämpfung«. Was noch wichtig ist: Wir befinden uns in Brüssel, OLAF und ich.

Die EU wurde und wird bis heute vielfach als eine Verteilungsstelle für Geld gesehen. Aus den angeblich reichlich gefüllten Töpfen gelte es, so eine verbreitete Vorstellung, so viel wie möglich herauszuholen. Am meisten holt man natürlich heraus, wenn man Subventionen kassiert, ohne die damit verbundenen Bedingungen zu erfüllen. Ganze Landstriche in südeuropäischen Staaten wurden so jahrzehntelang mit Geld versorgt. Das ging lange Zeit gut, zumal Subventionsbetrug nur in wenigen Staaten Europas strafbar ist. 1987 wurden die Betrügereien allerdings so offenkundig, dass die Europäische Kommission beschloss, eine Sondereinheit zu bilden, die »Unité de coordination de la lutte antifraude«, UCLAF. Zehn Beamte sollten den Subventionsbetrug in Milliardenhöhe bekämpfen. Lächerlich! Aus UCLAF wurde 1995 OLAF. Die Behörde, die bis dahin immerhin schon 120 Mitarbeiter hatte, wurde auf 300 Betrugsbekämpfer aufgestockt. OLAF macht einen guten Job. Die Behörde sorgt dafür, dass weniger Subventionen in falsche Kanäle fließen, sie verfolgt Betrug beim Handel mit Nicht-EU-Ländern und kämpft gegen Korruption innerhalb der EU-Kommission. Sie holt für den europäischen Steuerzahler sogar Geld rein. Das macht sie allerdings mit durchaus umstrittenen Methoden.

Und das geht so: Rauchen ist nicht prinzipiell gesund. Rauchen ist eher ungesund. Das hat sogar die Europäische Kommission erkannt. Sie betreibt deshalb eine aggressive Rauchervergällungskampagne: Werbeverbote, Verkaufsverbote, Aromatisierungsverbote, Schockbilder, Schocktexte, neutrale Verpackungen. Raucher füllen andererseits die Staatskassen. Mit Tabaksteuern, die vorwiegend ärmere Bevölkerungsschichten belasten, bereichern sich auch europäische Staaten an den Drogensüchtigen. Und auch die Europäische Kommission. OLAF soll unter anderem auch dafür sorgen, dass es bei Steuereinnahmen durch Tabak in ganz Europa mit rechten Dingen zugeht. Mit fast rechten Dingen. Reibungslos oder zumindest reibungsarm funktioniert ein System vor allem dann, wenn man es gut schmiert. Am effektivsten schmiert man natürlich die Betrugsbekämpfer selbst. Dabei ist es wichtig, den Schmiervorgang nicht als Bestechung erscheinen zu lassen. Die Tabakindustrie hat dazu ein vorbildliches System entwickelt. Sie leistet vertraglich festgelegte Zahlungen an die EU-Kommission.

OLAFs Chef war von 2010 bis 2017 Giovanni Kessler. Ein Untersuchungsausschuss des EU-Parlaments stellte 2013, als er der Behörde einmal auf den Zahn fühlen wollte, einige unschöne Praktiken fest: Ermittlungen in Betrugsfällen blieben teils bis zu zwei Jahren liegen. Der Chef mischte sich persönlich in die Ermittlungen des Ausschusses ein. Der Ausschuss erhielt teilweise geschwärzte Dokumente. Es wurden illegale Telefonmitschnitte angefertigt. Der Untersuchungsausschuss forderte den damaligen Kommissionspräsidenten Barroso auf, Kessler zu entlassen. Kessler blieb. Er hatte einflussreiche Freunde. Was der Untersuchungsausschuss nur am Rande wissen wollte und längst selbst hätte recherchieren können: Ob es Verträge über Zahlungen seitens der Tabakindustrie an die EU-Kommission gebe. Im Haushaltsausschuss des Europäischen Parlaments



Honoré Daumier:  
Le pure Havane, 1838

erklärte der Italiener am 2. Oktober 2013, weil ja ohnehin alles längst öffentlich war, es bestünden tatsächlich Verträge zwischen der EU-Kommission und Tabakkonzernen. Die Mitgliedsstaaten seien auch beteiligt. Die Verträge würden diesen Industriezweig und die Gesetzgeber »mit einem Komplex beiderseitiger Verpflichtungen verknüpfen.«<sup>1</sup> Der noch immer gültige Deal geht so: Die Tabakkonzerne helfen der EU beim Kampf gegen den Schmuggel von Zigaretten. Dadurch verliert der EU-Haushalt nämlich Milliarden an Steuereinnahmen. Die Tabakindustrie leitet dazu gezielte Informationen aus ihrem Geschäftsbereich an die Ermittlungsbehörde weiter. Die Methode ist erprobt: Die Branche verpfeift ihre schwarzen Schafe. Damit die Ermittlungsbehörde auch wirklich aktiv werden kann, zahlt die Tabakindustrie zusätzlich zwei Milliarden Euro jährlich in den Haushalt der EU. Das wird alles ziemlich transparent gehandhabt. Anders als heute bei der Aufnahme von Flüchtlingen einigten sich die damaligen Mitgliedsstaaten recht schnell auf einen von allen akzeptierten Verteilerschlüssel: Die EU erhielt für ihre Aufgaben 9,7 Prozent. Die restlichen 90,3 Prozent wurden so auf die Mitgliedsstaaten verteilt: Belgien 6,02 %, Deutschland 24,62 %, Frankreich 11,69 %, Spanien 10,19 %, Portugal 4,48 %, Griechenland 6,35 %, Italien 28,63 %, Finnland 2,63 %, Niederlande 4,17 %, Luxemburg 1,22 %.<sup>2</sup> Der relativ hohe Anteil, der nach Italien fließt, hat wahrscheinlich nichts mit der Nationalität des damaligen OLAF-Chefs Giovanni Kessler zu tun, sondern damit, dass Betrugsbekämpfung in Italien ein einträgliches Geschäft ist und bleiben muss. Sonst klappt es nicht. Die Frage ist: Warum zahlen die Tabakkonzerne so viel Geld in den EU-Haushalt ein? Die Antwort steht in einer Klausel der jeweiligen Vereinbarung: Sollten die Tabakkonzerne einmal der Steuerhinterziehung verdächtigt werden, verzichten die Mitgliedsstaaten auf eine Strafverfolgung: »Die gegenseitige Absicht der Parteien ist, dass alle Parteien [...] von der Androhung von Ansprüchen, Klagen, Prüfungen oder Verfahren in gleich welchem Gericht befreit werden, in dem Rechtsmittel gegen hier behandelte Angelegenheiten eingelegt werden sollen [...]« (Artikel 7) Zur besseren Anschaulichkeit das Original in diesem EU-Englisch: »The Parties' mutual intention is that all Parties [...] be relieved of the threat of claims, actions, suits, assessments, or proceedings in any forum against them that seeks redress for any Resolved Matters.«

Der Passus enthält eine Art Totalverzicht auf Klagen gegen die Tabakkonzerne. Das ist alles vertraglich festgehalten. Mein Leben ist

durch die Offenlegung dieses Systems also nicht gefährdet. OLAF selbst veröffentlicht, und das sogar im Internet, den vollen Wortlaut jeder dieser Vereinbarungen. Die entsprechenden Seiten sind leicht zu finden. Trotzdem scheint sich kaum jemand dafür zu interessieren. Es gibt eine Vereinbarung mit Philip Morris International (Marlboro, Chesterfield etc.),<sup>3</sup> eine mit der japanischen Tabakindustrie (Winston, Benson & Hedges etc.),<sup>4</sup> eine mit British American Tobacco (Camel, Pall Mall, Lucky Strike etc.)<sup>5</sup> und eine mit Imperial Tobacco Limited (Davidoff, Gauloises Blondes, JPS, West etc.).<sup>6</sup> Alles ist fein im Internet veröffentlicht und nachlesbar, wenn man sich die Mühe macht.

Ich bitte alle Leser dieses Beitrags, sich diese Verträge anzusehen. Wer weiß, wie lange sie noch einsehbar sind. Die Verträge gelten noch bis 2030. Anstatt mühsam und jeweils langwierig gegen die Tabakfirmen wegen Steuerhinterziehung zu prozessieren, kassiert die EU und ihre Mitgliedsstaaten auf diese Weise vorsorglich und regelmäßig. Das Geschäftsmodell ist aus Italien bekannt. Es ist nichts Persönliches. OLAF-Chef Giovanni Kessler musste das System also nicht erst erfinden. Einigen Parlamentariern stößt das Zustandekommen dieser Vereinbarungen mit der Tabakindustrie immer wieder übel auf, allerdings nicht, weil es sich um ein Stillhalteabkommen handelt, sondern weil das Parlament bei deren Abschluss nicht beteiligt war. Die EU-Kommission war und ist aber der Meinung, dass es sich nicht um internationale Verträge handele. Deshalb habe das Parlament gar nicht daran beteiligt werden müssen. Das kann man so sehen. Allerdings: Es handelt sich zwar nicht um Verträge zwischen Staaten, doch »international«, und zwar über Europas Grenzen hinausgehend, sind diese Verträge zweifelsfrei. Sie gehen auch über einige ethische Grenzen hinweg. Sie haben, wie es Schwaben ausdrücken würden, ein Gschmäcke.

LUDGER FISCHER

## Anmerkungen

- 1 Vgl. Cerstin Gammelin und Raimund Löw: Europas Strippenzieher. Wer in Brüssel wirklich regiert, Berlin 2014, S. 220.
- 2 [http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-06-1314\\_en.htm?locale=en](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-06-1314_en.htm?locale=en)
- 3 [https://ec.europa.eu/anti-fraud/philip-morris-international-2004\\_en](https://ec.europa.eu/anti-fraud/philip-morris-international-2004_en)
- 4 [https://ec.europa.eu/anti-fraud/investigations/eu-revenue/japan\\_tobacco\\_2007\\_en](https://ec.europa.eu/anti-fraud/investigations/eu-revenue/japan_tobacco_2007_en)
- 5 [https://ec.europa.eu/anti-fraud/investigations/eu-revenue/bat\\_en](https://ec.europa.eu/anti-fraud/investigations/eu-revenue/bat_en)
- 6 [https://ec.europa.eu/anti-fraud/investigations/eu-revenue/imperial\\_tobacco\\_en](https://ec.europa.eu/anti-fraud/investigations/eu-revenue/imperial_tobacco_en)